

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 314.

Montag 23. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Politische Tageschau.

* Leipzig, 23. Juni.

Von der guten Genuß, die der Paph Deutschland ausstellt, scheint ein Teil der Presse wirklich anzunehmen, sie habe die Position des Centrums zu einer unholdbaren gestaltet, oder doch die Partei in schwerer Verlegenheit gebracht. Dieser Glaube beruht auf arger Verkennung der ultramontanen Art. Gewiß wäre es der „Germania“, den Herren Bodem, Forch und den zahllosen *vis obscuris*, die ungenannt und unbekannt, das „Weste“ leisten, lieber gewesen, wenn der Kaiser in Nachen nur proclamirt und nicht referirt hätte, denn einige Reparaturarbeit macht der päpstliche Aufspruch nötig. Aber am Gelingen dieser Arbeit verzweifelt die ultramontane Agitation keinen Augenblick. Sie hat schwierigere Aufgaben gelöst und vor allen Dingen: sie hat die ihr jetzt wieder zugewiesene Aufgabe unter scheinbar ungünstigeren Umständen, als die gegenwärtigen sind, wiederholt und glänzend gelöst. Der Paph hat in früheren Jahren mehr als einmal seine Zufriedenheit mit der Lage der Kirche in Bayern, die das dortige Centrum als die einer mißhandelten Schilke hingestellt hatte, zu erkennen gegeben. Und das war nicht geschehen gegenüber einem Heiligen, sondern, wenn auch nicht förmlich offiziell, im geordneten Wege, und die Thatfache wurde auch nicht auf andere, dem Centrum ungewohnte Weise bekannt, als die zu Herrn v. Köhler gehörenden Neuprüfungen. Das frühere päpstliche Urtheil konnte den über Unterdrückung jeternden Materialien im Parlamente vorgehalten werden, eine Möglichkeit, deren Vorhandensein bei der wesentlichen römischen Zuständigkeitsklärung — schon wegen der Person des Publizisten — recht sehr bezweifelt werden muß, und sie wurde dort den bayerischen Kammerparlamenten, noch vom Herrn v. Vogt, auch vorgehalten. Ein weiterer großer Unterschied: sieben von den acht bayerischen Bischöfen theilten die päpstliche Auffassung von der Lage der Kirche in Bayern und hatten dessen kein Bedenken. Dennoch blieb das Centrum bei seiner Schilkerung und hatte damit vollen Erfolg. Es erlangte Zugeländnis auf Zugeländnis und es jagt, wie der von uns aus Anlaß der hiesigen Entlassungen erwiderte, jüngst erlassene, über Schilkerung „Der Katholiken“ tragende gemeinsame Hirtenbrief zeigt, allmählich die Bischöfe auf seine Seite, auf die Seite des Kampfes. An der Hand dieser Entwicklung, die sich aber nicht in Bayern allein vollzogen hat, mag sich ein Paph-organ auf seine etwas naive Frage: „Wird das Centrum die Folgerungen aus dieser (dem Freiherrn von Vogt gegenüber behaupteten) Anerkennung des Paphes ziehen und seinerseits sich ebenfalls zu diesem Bekenntnis bequemen und abrichten?“ selbst die Antwort geben. Die Centrumpresse hat selbst Zweifel daran geäußert, daß der Paph sich so, wie berichtet worden, ausgesprochen habe, und ob vierzehn Tage ins Land gehen, wird die getreue Beobachtung mit gutem Gewissen darauf schwören, daß dies nicht der Fall sei. Das wurde mündlich bezeugt. Freiherr v. Köhler ist ein sehr beliebter Herr, den kein Gebot oder sein Selbstbildniß oder Beides im Stiche gelassen hat, der Bericht ist zudem nicht direct erhaltet, geistig rege Personen können gar nicht anders, als Ueberronnungen selbständig formen u. s. w. Subsidium — man muß sich nach den verschiedenen Intelligenzen richten — steht die Erklärung zur Verfügung, Paph Leo XIII. habe dem Kaiser etwas Angenehmes sagen wollen, und sie die Verdorbensten die Thatfache, daß Leo XIII. — erst recht ein hochbetagter Herr sei. Uebrigens ist es auch nicht schwer, auf dem Wege der Popularität zu bleiben und hier die Bedeutungslosigkeit des päpstlichen Ausspruches darzutun. Wenn der römische Stuhl wirklich so entzückt von Deutschland und seinem Kaiser ist, warum läßt er seine Geistlichkeit in den Dismarken die Seite der polnischen Völkerverwundung propaganda bleiben und warum verzögert er sogar die Eröffnung einer theologischen Facultät in Straßburg, an der nicht Deutschland, aber dem Kaiser viel gelegen ist?

Ein gut polnischer Gewölkermann des Polenblattes am Rheine theilt mit, daß eine Versammlung des polnischen Adels mit dem Erzbischof, während der Anwesenheit des Kaisers in Posen sich von dort fernhalten zu wollen, nicht statgefunden habe. Dieses Dementi soll aber keineswegs bedeuten, daß die Polen am Empfange des Kaisers sich zu betheiligen gedinten. Damit ein solcher Glaube ja nicht auf-taucht, berichtet der Gewölkermann des rheinischen Polenblattes weiter:

„Sobald bekannt wurde, daß der Kaiser nach Posen kommen würde in polnischen Kreisen die Befürchtung laut, es möchten sich solche unter den polnischen Bevölkerungsteilen finden, die an den Festlichkeiten theilnehmen wollten, und man sprach gegenüber dieser bloßen Annahme sehr Entrüstung aus. An der Zusammenkunft dürfe sich mit Ausnahme der von der Regierung ab-gelagerten Beamten Niemand betheiligen. Nicht ein einziger polnisches Blatt sprach sich anders als für völlige Zurückhaltung seitens der Polen aus.“

Man sieht also, daß auch ohne Versammlung des Polen-Adels sich nur über die Haltung ist, die es gegenüber dem Oberhaupt des deutschen Reiches einnehmen wird. Schon die bloße Annahme, es könnten Polen den Kaiser begrüßen,

erregt „Entrüstung“! Deutscher kann sich die Stimmung des Polenadels in der That nicht belanden. Und das ist gut so. Die polnische Populärtheorie wird mit Recht mehr und mehr auf das Parlament beschränkt, wo man wegen der parlamentarischen Gesetzmäßigkeiten sicher davor ist, wenigstens nicht verständig einer Erklärung auf Herz und Nieren unterworfen zu werden. Außerhalb des Parlamentes wird die Maske der Popularität — man sieht das jetzt immerhin — gar nicht erst vorgebracht. Dieses Verhalten ist wegen seiner Aufrichtigkeit, um vom Anderen zu schweigen, sicherlich dankenswerth. Es unterscheidet sich überaus vorteilhaft von Versuchen, die groß-polnische Agitation von den Köpfschützen der polnischen Geillichkeit abzuschütteln. Einem derartigen Versuch macht derselbe Gewölkermann der „Allg. Volksztg.“ durch die Angabe der „Kurier Poznanski“ febr die nationale Seite sehr scharf hervor, „seitdem er sich dem Einflusse der geistlichen Kreise völlig entgegen hat“. — Das ist ja lässlich! Wer macht denn die polnische Presse gegen alles Deutsche scharf, wenn nicht der Hauptmitarbeiter, die polnische Geillichkeit? Die polnische Geillichkeit, die damit nur die Tätigkeit forsieht, die sie im Reichthum beginnt. Das sind doch Thatfachen, angeht deren der Wunsch, man möge aus mit jehüthischen Ausrufen wie die erwähnte vom Leibe bleiben, ganz genügt sehr berechtigt ist.

Ueber die Ausgleichsfrage in Oesterreich-Ungarn wird dem „Dank. Correspondenz“ aus Pest geschrieben: Die Ausgleichsverhandlungen sind bis auf Weiteres ins Stocken geraten. Die persönlichen Beziehungen zwischen den zwei Ministerpräsidenten der Monarchie sind die denkbar schlechtesten. Ziel wird es dem oesterreichischen Ministerpräsidenten nicht verzeihen, daß dieser in offenen Parlamenten gegen Ungarn und die ungarische Regierung Angriffsreden hielt, die nach bisheriger Auffassung fast unangenehm und auch aus dem Gesichtspunkte der parlamentarischen Taktik verfehlt waren. Auch wird hier angelegt, es sei allen politischen Gesetzmäßigkeiten jenseit, aus den Ausgleichsverhandlungen, so lange sie noch im Gange sind, Einzelheiten herauszuarbeiten und in die Öffentlichkeit zu bringen, wie dies Roederber einmal schon im Reichstags, jüngst wieder im Herrenhause gethan hat. Roederber meint, wenn auch in anderer Form, in Bezug auf die Ausgleichsfrage demselben Fehler verfallen zu sein, wie seiner Zeit sein Amtsvorgänger Graf Badeni. Dieser hatte nämlich die oesterreichische öffentliche Meinung gleichfalls gegen den Ausgleich auf, nachher verlor er die Thronen mittels der Erpressungsverordnungen. Sein Zweck war demnach der, die Deutschen in die Opposition gegen den Ausgleich zu drängen und diesen letzteren schließlich mit Hilfe der Slawen fertig zu bringen. Diese Rechnung scheiterte bekanntlich an der Obstruktion der Deutschen, die ihm seinen Streich rechtlich heim-zuschülten. Roederber reiste ebenfalls die öffentliche Meinung in Oesterreich gegen den Ausgleich auf, und zwar in der Hoffnung, die Parteien würden sich zu einem Feldzuge gegen Ungarn um ihn scharen und er werde dann die gefällige Majorität auch für die inneren oesterreichischen Angelegenheiten sich selbst haben. Allein, die Rechnung Roederber's schlug ebenfalls fehl, wie diejenige Badeni's. Die Opposition, die Roederber gegen Ungarn mobilisirte, bleibt Opposition auch in oesterreichischen Angelegenheiten, andererseits aber hat er die Stimmung gegen den Ausgleich nicht drücken vermag, so daß an eine erfolgreiche Weiter-führung der Ausgleichsverhandlungen in diesem Augen-blicke gar nicht zu denken ist. Das Minderzahlverkommen des Ausgleichs verlangt den Zustand der Unsicherheit; allein, man hat sich bereits daran gewöhnt, mit diesem unsicheren Zustande als einem gegebenen und derzeit unabweisbaren Uebel zu rechnen. Nach der gegenwärtigen Ausgleichsformel bleibt ja die wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen Ungarn und Oesterreich bis Ende 1907 gewahrt. Man wird also noch Zeit und Ruhe genug haben, die Ausgleichsverhandlungen wieder anzufangen, und zu-sehen, ob die Dinge in einem etwas späteren Zeitpunkt nicht vielleicht besser klappen werden. Eben darum, weil die Ausgleichsfrage derzeit keine brennende ist, erscheinen alle aufzustehenden Anfeindungen als mühsame Com-binationen. Später, wenn einmal die Ausgleichsfrage aktuell werden sollte, wird es an der Zeit sein, dieselbe auch aus den Preis von Opfern und Ministerwechseln zu lösen. Nicht verwehrt werden darf die Frage des selbständigen Zolltarifs mit derjenigen des Ausgleichs. Dieser letztere regelt die wirtschaftlichen Beziehungen Oesterreichs und Ungarns zu einander, während der Zolltarif zur Regelung der Beziehungen der Monarchie mit auswärtigen Staaten dient. Die Verhandlungen über beide Fragen fallen zeitlich zusammen und stehen natürlich in einem nahen Zu-sammenhange mit einander, sie sollen aber gleichwohl nicht in Eins zusammenfallen. Die Verhandlungen über den Aus-gleich und über den Zolltarif werden dementsprechend auch vollständig von einander getrennt geführt.

In Berichten aus China wird, wie man uns aus Paris schreibt, die Lage in mehreren Provinzen des Reiches der Mitte als eine unruhige dargestellt. Es sei dies noch eine Nachwirkung der Ereignisse vom Jahre 1900. Die Verschleppungspolitik der Japane-

sischen Regierung in der Bekämpfung der verant-wortlichen Urheber der Wirren und in der Leistung der versprochenen Gemüthung an die Mächte tragen dazu bei, daß die Aufständischen, die auf Straflosigkeit hoffen, von Neuem sich regen. Ueberdies haben die Minderheiten der Mandarinen bei Einhebung der Zusage-nern, aus deren Einrichtungen die von China den Mächten gegenüber eingegangenen neuen Verpflichtungen bestritten werden sollen, den Haß gegen die Fremden und die Christen von Neuem ver-schärft. Die Stimmung soll in einigen Provinzen so gereizt sein, daß ein Aufbruch in jedem Augenblicke zu besorgen sei. In den Südprowinzen Chinas seien bereits Aufstände ausgebrochen, die einen gefährlichen Charakter angenommen haben, und zwar im südlichen Oozan und in Schantung. Nach dem Bezirke Tschetschu am blauen Ruche nächst Kwantung müßten zur Unterdrückung von Unruhen Truppen entsendet werden. In Tschili, wo im Vorjahre ein Städtebund gegründet wurde, um eine Feuerverweigerung deshalb durchzuführen, wolle diese Abhandlung zur Entschädigung an die Christen dienen sollen, beginnt sich neuerdings eine Bewegung bemerkbar zu machen, deren Anhänger im Monat März mit den regulären Truppen in Conflict getreten. Mehrere auf-ständische Ortschaften wurden zerstört und die Einwohner einer Ortschaft, wie ein nach Peking geleiteter Bericht mittheilt, massacrirt. Ein Herd der Bewegung befindet sich in dem südlicher gelegenen Bezirk Tamingta, wo man Placate gegen die Europäer und die Christen angeschlagen und Versammlungen abgehalten hat, um den Widerstand gegen die Behörden zu organisieren. In Folge dieser Umtriebe wurden auch bereits mehrere den Missionären gehörende Häuser angezündet. Im Bezirke von Kwangsin wurde ein gefälschtes kaiserliches Edict angeschlagen, in welchem die Bevölkerung auf-gefordert wird, die Europäer und die Christen zu erschlagen. Aus der Mongolei wird ebenfalls von bedrohlichen Anzeichen berichtet, welche theils auf die Unruhe von Tzungtschang und Pring Tsuan zurückgeführt werden, die sich noch immer als Hüthlinge in Kansu aufhalten, theils auf die Moba-medaner, deren Aufregung immer mehr wächst.

Deutsches Reich.

* Berlin, 22. Juni. Die Verringerung der deutschen Besatzungsbrigade in Ostasien dient dem Berliner Berichterstatter der „Times“ als Anlaß, sich an dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frey, von Nicht-befehl zu weihen. Mr. Saunders thut so, als ob der vom Reichstag beschlossene Abbruch an dem Etat für die ost-asianische Brigade die Bedeutung einer persönlichen Niederlage des Staatssekretärs von Nichtbesein habe, und läßt die Behauptung hinzu, daß die jetzt vom Kaiser angeordnete Verringerung der deutschen Besatzungs-brigade die notwendige Folge jenes Reichstagsbeschlusses sei. Ungenügend kann kein Correspondent seinem Worte einen Viren anhängen. Die Verringerung der deutschen Besatzungsbrigade hat mit dem erwähnten Reichs-tagbeschlusse aus dem einfachen Grunde nicht das Mindeste zu thun, weil die Stärke unserer Truppen in China auf internationalen Abmachungen beruht, die der Competenz des Reichstages gänzlich entzogen sind. In diesen internationalen Abmachungen war die Stärke der einzelnen Contingente und die Garantiierung derselben genau geregelt, auf Grund der Uebereinstimmung, die noch Graf Waldersee mit den Contingent-führern unter der Voraussetzung späterer Verminderung der Truppen getroffen hatte. Der von Mr. Saunders erwähnte Reichstagsbeschlusse konnte hierauf nicht von geringstem Einflusse sein und hat ihn nicht geübt. Behauptet Mr. Saunders das Gegenteil, so bekundet er zum Mindesten eine völlige Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse.

* Berlin, 22. Juni. Ueber die finanzielle Lage des Reiches und der Einzelstaaten heilen die „Berl. Polit. Nachr.“ eine Betrachtung an, die um so we-niger tröstlich ist, je mehr sie beweist, daß die Inflationen des offiziellen Organs einer auf neue Einnahmequellen des Reiches sich gründende Reichsfinanzreform immer noch ausweichen zu können glauben. Sie lautet: „Die Neuerungen namhafter deutscher Finanzmänner lassen keinen Zweifel daran zu, daß man in den meisten Bundes-staaten die finanzielle Lage sehr schwarz ansieht. In der That bedroht die wachsende Unzulänglichkeit der eigenen Einnahmen des Reiches zur Deckung seiner Ausgaben die Bundesstaaten mit einer steigenden Belastung für Reichs-zwecke. Aber auch diejenigen unter ihnen, welche in der glücklichen Lage sind, aus ihren Betriebsverwaltungen be-trächtliche Beiträge zur Deckung des Staatsbedarfs zu er-zielen, leiden gegenwärtig unter dem Rückgange der Eisen-bahneinnahmen und Eisenbahnüberschüsse, und es unter-liegt keinem Zweifel, daß aus der geringeren Ertragsfähigkeit dieser wichtigen Finanzquelle erhebliche Schwie-rigkeiten für die Balancierung der nächst-jährigen Etats erwachsen werden. Die Ur-sache der Verschlechterung des finanziellen Verhältnisses zum Reich und des Rückganges der eigenen Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen ist dieselbe. In beiden Ver-schlechterungen spiegelt sich die Störung im Abgange der In-